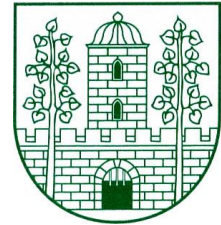


Stadt Finsterwalde NL.

Schloßstraße 7/8
03238 Finsterwalde



Niederschrift zur 28. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

öffentlicher Teil

Sitzungstermin: **Mittwoch, den 22.11.2023**

Sitzungsbeginn: **18:00 Uhr**

Sitzungsende: **19:39 Uhr**

Ort, Raum: **Finsterwalde, Schloßstraße 7/8, Stadtverordnetensitzungssaal**

Anwesend sind:

Vorsitzender

Holfeld, Andreas CDU

Mitglieder

Barth, Holger	CDU	abwesend TOP 10
Freudenberg, Thomas	CDU	
Loos, Sebastian	CDU	
Schäfer, Manfred	CDU	
Seidel-Schadock, Beate	CDU	
Zimniak, Thomas	CDU	
Förster, Monika	DIE LINKE.	
Horst, Karin	DIE LINKE.	
Strauß, Gerhard	Grüne/B 90	
Homagk, Marlies	BfF	
Knispel, Edelgard	BfF	ab TOP 2 / 18.02 Uhr
Hake, Dominic	SPD	
Mierzwa, Peer	SPD	
Treibmann, Katharina	SPD	
Eule, Andrea	BVB/Freie Wähler	
Rüstig, Stephanie	BVB/Freie Wähler	
Zierenberg, Ronny	BVB/Freie Wähler	
Schmidt, Ingo	AfD	
Starick, Maik	AfD	

Bürgermeister

Gampe, Jörg Bürgermeister abwesend TOP 10

Ortsvorsteher

Liebscher, Ronny OT Pechhütte
Vogel, Elvira OT Sorno

Fachbereichsleiter

Drescher, Torsten	FB WSK
Miersch, Michael	FB BSZ
Zajic, Anja	FB FW
Zimmermann, Frank	FB SBV

Verwaltungsmitarbeiter

Leisner, Ben	EDV
Pinetzki, Karsten	T/G
Roeper, Kai	Presse/ÖÄ
Schüler, Susan	LGM
Michalek, Andrea	Sitzungsdienst

Fuchs, Jürgen	GF SWF
Hoffmann, Andy	GF SWF
Koinzer, Elke	GF WGF
Ramos, Dominika	WL EWB

Abwesend sind:**Mitglieder**

Bellisch-Schwendtke, Susanne	CDU	entschuldigt
Genilke, Rainer	CDU	entschuldigt
Müller, Marco	DIE LINKE.	entschuldigt
König, Wolfgang	BfF	unentschuldigt
Kuhn, Susann	BfF	entschuldigt
Lehmann, Sandra	BVB/Freie Wähler	entschuldigt
Brendel, Herbert	AfD	entschuldigt
Kupillas, Uwe	AfD	entschuldigt

geänderte Tagesordnung:

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung
- TOP 2** Einwohnerfragestunde
- TOP 3** Einwendungen gegen die Niederschrift Nr. 27 vom 25.10.2023
- TOP 4** Feststellung der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung Nr. 28 vom 22.11.2023
Vorlage: BV-2023-108
- TOP 5** Stationäre Gesundheitsversorgung im Landkreis Elbe-Elster - Krankenhausstandort Finsterwalde
Vorlage: BV-2023-067-1
- TOP 6** Vergabe - Neubau Feuerwehrgerätehaus Sorno - Los 14 Lüftung
Vorlage: BV-2023-112
- TOP 7** Grundsatzbeschluss – Doppelturnhalle – Energetische Sanierung und barrierefreie Erschließung
Vorlage: BV-2023-103
- TOP 8** Variantenentscheidung Sackgasse an der Schacksdorfer Straße
Vorlage: BV-2023-104

- TOP 9** Mitgliedschaft der Stadt Finsterwalde im INTHEGA Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen e.V.
Vorlage: BV-2023-113
- TOP 10** 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Finsterwalde zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerverbandes „Kleine Elster-Pulsnitz“
Vorlage: BV-2021-146-2
- TOP 11** Beantwortung von Abgeordnetenfragen
- TOP 12** Informationen des Bürgermeisters und des Gesellschaftervertreters

Protokoll:

- TOP 1** **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Herrn Holfeld**

- TOP 2** **Einwohnerfragestunde**

Herr Ingo Schmidt, Finsterwalde:

Er stehe heute hier für Herrn Manfred Sauermilch, Grünhauser Straße 13, der mitten im Wald wohnt und ein großes Problem hat. Der Weg dort hinter ist aufgeweicht. Die Pflegekräfte müssen dreimal am Tag dorthin, auch der Notarzt musste ein paarmal dort hinter. Es ist unwahrscheinlich schwierig dort durchzukommen, eine Pflegekraft ist bereits steckenblieben. Er fragt, was man tun kann.

Antwort:

Die Sache wird durch die Verwaltung zur Kenntnis genommen. Eine Prüfung wird erfolgen.

Herr Klaus Mayer, Finsterwalde:

Zum Thema Krankenhaus fragt er, wie lange man sich das vom Landrat bieten lasse. In der Zeitung hat er heute den Satz gelesen, dass die Bürgermeister noch keine konstruktiven Lösungen vorgeschlagen haben, somit fragt er, wofür der Landrat denn zuständig sei.

Des Weiteren hat der Landrat das Oberstufenzentrum in seiner Verantwortung. Vor Jahren hat die Stadt den großen P+R Parkplatz am Bahnhof gebaut. Dieser Parkplatz wird zu mindestens 40 % von den Schülern des Oberstufenzentrums genutzt. Die Bürger, die zum Zug oder zum Bus möchten, die zur Arztpraxis oder zur Physiotherapie möchten, müssen den weiten Weg von hinten Richtung Massen nehmen, der schlecht ist, dort werden die Koffer langgezogen und die jungen Menschen, die gut zu Fuß sind, nutzen den P+R Parkplatz. Er möchte wissen, ob da etwas unternommen werden kann.

Das betrifft auch die Parkflächen, wenn man vom Bahnhof die Straße an der Schraube langfährt in Richtung Stadt, auf der rechten Seite, dort parken die Schüler. Weiter vorn parken die Mitarbeiter von der Agentur für Arbeit, für die ist extra eine Parkfläche hinter der Agentur gebaut worden, die stehen vorn und benutzen die Parkflächen, die eigentlich für die Bürger gedacht waren.

Des Weiteren gab es vor 2 oder 3 Jahren noch Raucherstellen vor dem Oberstufenzentrum, für ihn unbegreiflich, dass die Schüler das Gelände verlassen müssen zum Rauchen. Sie stehen dann auf den Bürgersteigen in Gruppen, die Leute, die dort den Bürgersteig benutzen möchten, müssen auf der Straße laufen, weil die Schüler nicht beiseite gehen und am Ende liegen dort haufenweise Kippen, Zigarettenschachteln und dergleichen mehr. Das sollte man nicht erlauben. Er möchte wissen, was man dagegen tun könne.

Antwort Herr BM Gampe:

Den ersten Hinweis kann er voll unterstützen, das gehe vielen Stadtverordneten und auch den Kollegen aus der Verwaltung so. Das sei eine glatte Lüge des Landrates. Die SVV hat im August Forderungen und Vorschläge in Richtung Landkreis geschickt. Am letzten Montag hat Herr BM Gampe, gemeinsam mit Frau Zajic und Herrn Miersch, dem Landrat und dem Ersten Beigeordneten einen konkreten Vorschlag unterbreitet, der heute auch in der Tischvorlage noch ein Stückweit erweitert ist, der ist ohne Kommentar einfach abgebugelt worden und das erlebe man so seit Monaten.

Zum Parken am OSZ kann Herr BM Gampe nur sagen, dass es ein öffentlicher Parkplatz ist und auch für die Auszubildenden am OSZ zur Verfügung steht. Vor Jahren habe man dieses Problem auch schon bei der Schulleiterin angesprochen. Im öffentlichen Verkehrssinn könne man nichts tun. Viele Schülerinnen/Schüler kommen eben auch eingependelt. Es gibt andere große Parkplätze in der Umgebung, aber da scheint für die jungen Leute der Weg zu weit zu sein.

Das Thema Rauchen kann er nachvollziehen, das sei leider eine Angewohnheit der rauchenden Zunft an sich, dass Zigaretten auf dem Boden ausgetreten werden, die dann auch liegen bleiben und andere diese wegräumen. Das ist eine verlorengegangene Erziehung in der heutigen Zeit und wäre möglicherweise auch ein guter Inhalt des Schulunterrichtes aber auch des Unterrichtes am OSZ. Man bleibt weiter dran und könnte die Schulleiterin nochmal versuchen zu sensibilisieren, dass sie ihre Schülerinnen/Schüler, die in der Regel oberhalb des 18. Lebensjahres sind, nochmal dafür sensibilisiert, dass in der Stadtgesellschaft ein Geben und Nehmen vorhanden ist.

Nachfrage Herr Mayer:

Er könne nicht zufrieden sein, weil die Schule genügend Platz habe, um auf dem Schulgelände parken zu lassen. Zum Thema Rauchen haben Betriebe und auch Krankenhäuser die Verpflichtung, eine Raucherinsel auf ihrem Gelände zur Verfügung zu stellen. Er glaubt auch nicht, dass es rechtens ist, wenn die Schüler während des Unterrichts das Schulgelände verlassen. Die Schule könne eine Raucherinsel auf ihrem Gelände herstellen.

Herr BM Gampe gibt das gern weiter, aber soweit ihm bekannt ist, ist auf dem Schulgelände das Rauchen verboten.

TOP 3 Einwendungen gegen die Niederschrift Nr. 27 vom 25.10.2023

Einwendungen gibt es nicht, somit ist die Niederschrift Nr. 27 vom 25.10.2023 bestätigt.

**TOP 4 Feststellung der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung Nr. 28 vom 22.11.2023
Vorlage: BV-2023-108**

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung bestätigt die geänderte Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung Nr. 28 vom 22.11.2023.

Abstimmungsergebnis:

Anw.: 21 Ja: 21 Nein: 0 Enth.: 0

Protokoll

Mit der **Erweiterung der Tagesordnung** durch die Beschlussvorlage 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Finsterwalde zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerverbandes „Kleine Elster Pulsnitz“ / BV-2021-146-2 als TOP 9 wird ein weiterer Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung gestellt durch die Beschlussvorlage Stationären Gesundheitsversorgung im Landkreis Elbe-Elster - Krankenhausstandort Finsterwalde / BV-2023-067-1 als TOP 10.

Weiterhin wird die Beschlussvorlage zur Errichtung eines Sport- und Freizeitparcours (DiscGolf) in der Bürgerheide - Erweiterungsantrag / BV-2016-062-3 aufgrund der Antragsrücknahme des Antragstellers durch den Einreicher zurückgenommen.

Herr Hake stellt für seine Fraktion den Antrag, den Tagesordnungspunkt Stationäre Gesundheitsversorgung aufgrund der Dringlichkeit und Wichtigkeit als erstes zu behandeln.

Die Abstimmung erfolgt mit den Änderungen zur Tagesordnung:
BV-2023-067-1 rückt auf TOP 5, BV-2016-062-3 entfällt, BV-2021-146-2 rückt auf TOP 10, alle weiteren Tagesordnungspunkte rücken entsprechend ein.

TOP 5 Stationäre Gesundheitsversorgung im Landkreis Elbe-Elster - Krankenhausstandort Finsterwalde Vorlage: BV-2023-067-1

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Finsterwalde nimmt zur Kenntnis, dass der Landkreis Elbe-Elster trotz anderslautender Aussagen grundlegende Einschränkungen in der medizinischen Versorgung des Landkreises insb. am Standort Finsterwalde plant, ohne dazu konkrete Ergebnisse der Krankenhausreform abzuwarten und über 9.000 Unterschriften zum Einwohnerantrag, 400 Bürgerinnen und Bürger zur Demonstration in Elsterwerda sowie über 2.000 Menschen auf dem Markt in Finsterwalde ignoriert.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Finsterwalde fordert den Landkreis Elbe-Elster und den Gesellschaftervertreter (Landrat) auf, die durch eine Pressemitteilung des Klinikums Elbe-Elster verbreitete faktische Schließung des Krankenhauses Finsterwalde – Einstellung der stationären Versorgung sowie der Schließung der Geburts- und Kinderabteilung am Krankenhaus Herzberg nicht umzusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Finsterwalde fordert den Landkreis Elbe-Elster auf, einen sofortigen Wechsel in der Geschäfts- und Personalführung, eine Neuaufstellung des Aufsichtsrates des Klinikums (ggf. auch unter Vorschlägen der Standortkommunen) und unverzüglich einen Sanierungsplan unter Einbeziehung eines externen Wirtschaftsprüfers und des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zu erarbeiten. Ebenso sollte eine Neubestellung des ärztlichen Direktors in Erwägung gezogen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Finsterwalde fordert den Erhalt der stationären Versorgung am Standort Finsterwalde und der Geburts- und Kinderabteilung am Standort Herzberg. Gegebenenfalls muss für das Klinikum ein starker strategischer Partner (wie in den umliegenden Regionen) gesucht werden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Finsterwalde fordert den Landkreis Elbe-Elster auf, ein erneutes unabhängiges Gutachten zur wirtschaftlichen Situation des Klinikums Elbe-Elster unverzüglich in Auftrag zu geben.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Finsterwalde empfiehlt in zielgerichteter Abstimmung mit den Hauptverwaltungsbeamten der Städte, Ämter, Gemeinden und der Verbandsgemeinde, den Krankenhausstandort Herzberg als zentrales Sanitätszent-

rum/Krankenhaus für die Angehörigen des stark aufwachsenden Bundeswehrstandortes Holzdorf/Schönewalde in enger Abstimmung mit der Landesregierung Brandenburg zu entwickeln. Der Standort Finsterwalde sollte unter Einbeziehung der Planungen für den 4. Bauabschnitt zum zentralen Standort eines möglichen Level II-Krankenhauses in der einwohnerstärksten Region des Elbe-Elster-Kreises weiterentwickelt werden. Am Standort Elsterwerda sollte die Grundversorgung für die Bevölkerung gesichert und das Endoprophetikzentrum qualifiziert werden.

Abstimmungsergebnis:

Anw.: 21 Ja: 21 Nein: 0 Enth.: 0

Protokoll

Herr BM Gampe stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, das Rederecht den anwesenden Ärztinnen und Ärzten zu gewähren.

Es folgt die **Abstimmung zum Antrag auf Rederecht**, dem mit 21 Ja-Stimmen bei 21 anwesenden Mitgliedern **einstimmig zugestimmt** wird.

Herr BM Gampe nimmt Bezug auf die äußerst überraschende Pressemitteilung des Klinikums aus dem Aufsichtsrat, dass durch den Landkreis die stationäre Gesundheitsversorgung am Krankenhaus in Finsterwalde eingestellt werden soll.

Am 13. November hat ein fast vierstündiges Gespräch zwischen dem Landkreis, mit dem Landrat und seinem Ersten Beigeordneten, und der Stadt Finsterwalde, mit dem Bürgermeister, Frau Zajic und Herrn Miersch, stattgefunden zum Thema Krankenhaus und dem Standort Finsterwalde. Es sind Argumente und Vorschläge seitens der Stadt vorgetragen worden. Ebenfalls am 13. November hat der Bürgermeister auf Einladung von Frau Dr. Knöfel am Ärztestammtisch teilgenommen. Herr BM Gampe ist fast sprachlos über die Dreistigkeit des Handelns des Landrates und des Ersten Beigeordneten mit diesen anhaltenden immer wiederkehrenden Lügen und der Hinhaltetaktik.

Herr BM Gampe hat Gespräche geführt mit der Bürgermeisterin aus Spremberg, das dortige Krankenhaus ist im vergangenen Jahr in Insolvenz gegangen und konnte wieder auf fast gesunde Füße gestellt werden. Die Stadt Spremberg hat seinerzeit einen Kreditrahmen von 4 Mio.€ gewährt, davon hat das Krankenhaus bisher 1 Mio.€ benötigt. Aus einem Presseartikel geht hervor, dass eine hohe Anzahl von neuen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern und Ärztinnen/Ärzten im Bereich Lauchhammer neuangestellt werden konnten. In den Standort in Senftenberg soll investiert werden, um diesen zukunftsfest zu machen.

In der Dienstberatung der Bürgermeister und Amtsdirektoren hat der Landrat klar aufgefordert, Ross und Reiter zu nennen, was Herr BM Gampe sehr deutlich gemacht hat, dafür aber öffentlich in der Presse verurteilt wurde, zu Mobben und Persönlichkeitsrechte der Ärztinnen/Ärzte zu verletzen. Das sei ein Teil des Übels und des Problems des Klinikums und das andere ist die Geschäftsführung, so deutlich müsse man das sagen. Da lasse er sich den Mund auch nicht verbieten.

Es ist gut gewesen, auch aus profundem Munde in der Ärzterunde zu hören, dass der Standort Finsterwalde seit mehreren Jahren bewusst an die Wand gefahren wird, dass Operationen, die sehr hervorragend in Finsterwalde realisiert worden sind, sukzessive den Standort Finsterwalde verlassen haben. Wenn man sich intensiv mit dem Thema beschäftigt sind das so viele Dinge, die nach und nach hochkommen. Es hat auch eine klare Aussage zu Herrn Neumann gegeben aber scheinbar hat er nicht zugehört und man muss letztendlich auch hinterfragen, wozu er an dieser Runde noch teilgenommen hat und die niedergelassenen Ärzte zur Mitgestaltung und Mitentwicklung aufgefordert hat, ähnlich wie am Vormittag bei der Stadt. Wenn man die Ladungsfrist für den Aufsichtsrat und die Vorbereitungen der Beschlussvorlagen mit einrechnet, dann war das ein Vorführen auf allerhöchstem Niveau gewesen.

Herr Miersch ergänzt zum Termin am 13. November bei der Stadt, alles, was in den 4 Stunden gesprochen oder teilweise ausgesprochen wurde, das war eine sehr angespannte und teilweise auch gespenstische Atmosphäre. Die im Raum stehenden Vorwürfe, die von Seiten des Landrates und des Ersten Beigeordneten insbesondere auch gegenüber dem Bürgermeister geäußert wurden, reichten von Falschaussagen, von fehlender Kommunikation oder Bereitschaft sich in dieses Szenario hineinzudenken und Lösungsansätze aufzuzeigen, bis hin dazu, dass viele Fehlinformationen gegenüber den Bürgern und der Presse getätigt werden. Der auf den Weg gebrachte Einwohnerantrag ist runtergebrochen worden, daraufhin, dass der Bürgermeister Populismus betreiben möchte und sich vehement gegen mögliche Veränderungen am Krankenhausstandort Finsterwalde verwehrt.

Viele Argumente und Sachverhalte haben die Bürger an die Stadt herangetragen, an die politische Basis, an die Abgeordneten und insbesondere an den Bürgermeister. Herr Miersch greift das Beispiel auf, wo man mehrfach mit Vertretern des Landkreises zum Standort Finsterwalde gesprochen hat zum Thema Baustelle. Es hat Aussagen gegeben, zum Rückbau, zu beantragten Fördermitteln, noch keine Zusage der Fördermittelgeber, bis hin, man könne sich das nicht leisten, weil es keine Fördermittel gibt, bis hin zur letzten Aussage, dass spätestens zum Brandenburg-Tag die Baustelle so bereinigt ist, dass diese ein ansehnliches Bild gibt. Da ist man noch gar nicht bei der medizinischen Versorgung und bei den Veränderungen am Standort. Diese Aussagen sind eindeutig getroffen worden und es sind keine Veränderungen eingetreten.

Aus den Reihen der Abgeordneten sind Praxisbeispiele herangetragen worden, wie das Anfahren welcher Krankenhausstandorte im Notfall, die dem Landrat und dem Ersten Beigeordneten zur Kenntnis gegeben worden sind, es ist von Einzelfällen gesprochen worden, man könne nicht pauschalisieren und man rede über 70 % der Krankenhäuser in Brandenburg und bundesweit, die von dieser Schief- und Notlage betroffen sind.

Alle Versuche, Informationen zu erlangen, sind bislang fehlgeschlagen. Hier wurde wiederum der Stadtverwaltung, insbesondere dem Bürgermeister vorgeworfen, er möchte nur Zahlen einsehen und in der Personalpolitik habe er nicht mitzureden. Konkrete Antworten auf Fragestellungen hat es aber bislang nicht gegeben.

Sofern man den Wunsch äußert, dass die Bürgermeister und Hauptverwaltungsbeamten sich in den Prozess mit einbinden, so sind bestimmte Informationen notwendig, da man sich nur in Kenntnis möglicher Ursachen Lösungsszenarien oder auch mögliche Optionen ableiten kann.

Weiteres Thema ist die Vorzugsvariante 3+1 gewesen, als einzige Option, die überhaupt nicht durch Zahlen und Fakten oder dem Mitwirken von Dritten getragen werde, wenn man an die Finanzierung denkt. Durch den Bürgermeister ist auch nochmal klar vorgetragen worden, dass es auch andere Szenarien in der Abwägung geben muss und dass es nicht sein kann, dass eine Beraterfirma sich hinstellt und über mehrere Seiten einen PowerPoint-Vortrag hält, der Landrat sich an der Stelle nicht persönlich mit einbringt und wenn dann die Unterlagen verteilt werden, die PowerPoint zusammengeschrumpft wird und bestimmte Informationen dann nicht mehr so enthalten sind, wie sie zu dem Vortrag tatsächlich gegeben wurden.

So eine Beratung habe Herr Miersch bislang selten führen müssen und dürfen. Das sei kein Gespräch gewesen, das sei ein Vorwerfen verschiedener Sachverhalte gewesen und ein aneinander vorbei Argumentieren und Steuern, ohne dass man einen Schritt aufeinander zugehen konnte. Diesen Termin hätte man sich von vornherein sicherlich sparen können, 1 ½ Tage später hat man dann die Ergebnisse, die der Aufsichtsrat in Beschlüssen gefasst hat, erfahren.

Das größte Bedauern an der Stelle sei jedoch, dass die politischen Verantwortungsträger nicht klar und deutlich sowie ehrlich gegenüber den Bürgern informieren und notwendige Veränderungen ansprechen.

Gemäß **Herrn Hake** kann die Beschlussvorlage nur unterstützt werden, wenn man sieht, wie lange der Landrat entweder wissentlich die Wahrheit vorenthalte oder einfach nur ganz offen und rotzfroh ins Gesicht lüge. Er kann sich für die Bürgermeister und Kreistagsabgeordneten auch keine Arbeitsebene für eine Zusammenarbeit vorstellen, wenn erzählt wird, für den Neubau gab es keine Fördermittel und man heute aber weiß, dass das Land Brandenburg eine Investitionspauschale auszahlt und es keine Einzelförderung gibt.

Auf die Anfrage vom Oktober 2022 zum Krankenhausstandort hat es im November die Antwort gegeben, dass alles gut sei und schwarze Zahlen geschrieben werden, es gäbe keine Probleme. Der Beschluss im Aufsichtsrat für die Haushaltsplanung des Krankenhauses ist bereits im September verabschiedet worden, zu diesem Zeitpunkt sei bereits klar gewesen, dass man mit einem Minus von 2 Mio.€ geplant hat, was dann positiv geändert ist. Für 2023 wird mit einem Minus von 9 Mio.€ geplant, wo man enden wird, weiß man noch nicht.

Interessant sei, dass man noch nicht mal wisse, was eigentlich rauskommen wird, weil das Krankenhaus bisher noch keine roten Zahlen geschrieben habe, man habe noch kein negatives Jahresergebnis und schon will ein Landrat, ein Aufsichtsrat und eine Klinikgeschäftsführung einen ganzen Krankenhausstandort einfach so an die Wand fahren, ohne zu wissen, wie es weitergeht. Das sei unglaublich, da müsse man vielleicht nicht nur darüber nachdenken, ob die Klinikführung zurücktreten müsse, sondern müsse vielleicht auch an anderen Stellen nachdenken.

Was in letzter Zeit gelogen worden ist und wie gut man so einen Prozess hätte gestalten können, indem man einfach letztes Jahre auf diese Anfrage geantwortet hätte, es gibt Probleme, man wolle die Leute mitnehmen, man wolle eine Lenkungsgruppe tagen lassen, bevor der Aufsichtsrat entscheidet was passiert und das Ganze transparenter behandeln, was möglich gewesen wäre, sofern diese Probleme existieren, was man nicht wisse, weil man keinen Blick in die Zahlen nehmen dürfe.

Die SVV habe genug Vorschläge gemacht. Man wisse nicht, was in der Bürgerbefragung an Vorschlägen rausgekommen ist, die bis heute nicht veröffentlicht sei. Man kündigt eine große Bürgerbefragung an und nimmt jetzt schon die Entscheidung vorweg. Insgesamt könne man nur kämpfen für den Krankenhausstandort und vor allem die hier anwesenden Kreistagsabgeordneten bitten, dass sie vielleicht auch aus den Fehlern aus der Abstimmung im Juli gelernt haben.

Gemäß **Herrn Zimniak** sollte die Beschlussvorlage um einen Punkt ergänzt werden. Das Thema Krankenhausstandort kam ins Rollen, nachdem die Beraterfirma das erste Mal öffentlich aufgetreten ist und ihren Vorschlag vorgestellt hat. Man habe öfters darüber diskutiert, inwieweit man diese Überprüfung des Klinikums evtl. durch einen Zweiten fordern sollte. Mehr als fordern könne man leider nicht.

Herr Loos unterstützt die Beschlussvorlage und auch die Ergänzung von Herrn Zimniak. Die Informationspolitik des Krankenhauses und wie mit den kommunalen Vertretern umgegangen wird, ist der SVV bekannt. Die Geschäftsführung ist Gast in der SVV gewesen und auch in anderen innerparteilichen Runden. Bedenkliche findet er die Zeitschiene. Als die 9 Mio.€ das erste Mal öffentlich in den Raum geworfen worden sind, hat man gehört, dass man handeln müsse, aber dass man bis 2026 ausfinanziert sei, das sei vom Landrat so gesagt worden. Nun sei es ganz drastisch und auf einmal müsse in einem ½ Jahre alles dichtgemacht werden. Man stehe zwei Monate vor einer Umstrukturierung der gesamten Krankenhausfinanzierung und es soll so ein drastischer Schritt gegangen werden, das findet er sehr seltsam und das sei merkwürdig, als ob irgendetwas im Busch ist, von dem alle noch nichts wissen.

Die anwesenden in Finsterwalde niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte geben ein Statement ab.

Frau Dr. med. Knöfel, niedergelassene Chirurgin:

- zum neuen Eckpunktegrundpapier und der Finanzierung, hier sei noch nichts beschlossen und man wisse noch nichts
- zum Ärztstammtisch habe man dem Ersten Beigeordneten auch gesagt zum Thema, dass die niedergelassenen Kollegen ihm eine Lösung präsentieren sollten, das sei nicht ihre Aufgabe, diese seien für die ambulante Versorgung der Patienten zuständig zu den Praxiszeiten, dafür lasse man sich auch nicht den Schwarzen Peter zuschulden
- verwundert sei man über die Mitteilung an die Kollegen im Krankenhaus über das Intranet zwei Tage später gewesen zur Schließung im nächsten Sommer
- es sind so viele Leute, die gekündigt waren, es ist eine dreistellige Zahl, aber es wird überhaupt nicht nachgefragt, wieso diese gehen
- Personalführung sieht in der heutigen Zeit etwas anders aus, das sollte man auf alle Fälle mitnehmen

Frau Dr.med. Schuback, niedergelassene Gynäkologin:

- hat in Spremberg operiert, nachdem Frau Jüge das Krankenhaus verlassen hat
- das radiologische Gerät steht im Krankenhaus Finsterwalde und könnte genutzt werden, wenn man es wolle, in einem Gespräch ließe sich sicher ein Weg finden
- Spremberg hatte Insolvenz angemeldet und einen unabhängigen Insolvenzverwalter, ist jetzt sehr bemüht, dort redet man miteinander
- woher das Minus beim Landkreis EE kommt, könne nicht beurteilt werden
- in Finsterwalde ist mit dem Personal nicht gesprochen worden, die haben das auch aus der Zeitung erfahren
- als beim Ärztstammtisch darauf hingewiesen wurde, dass die Zahlen wieder steigen, dass die Einweisungen wieder steigen, dass die Versorgung weiterhin gewährt wird, ist Herr Neumann gar nicht darauf eingegangen, dieses letzte halbe Jahr überhaupt mal zu analysieren, das spielt keine Rolle und zum Thema Entlassungen würden noch zu wenige gehen
- es ist schlimm, im Gesundheitswesen zu sparen, dem höchsten Gut neben der Bildung, wo jedoch auch gespart wird seitens der Politik
- nicht nur die langen Fahrwege für die Patienten werden schlechter, wenn irgendwas wegfällt, sondern es sind die Wartezeiten, es sind die Transportmedien, die weniger werden, und den CO₂-Abdruck, den die Taxiunternehmen oder auch der Rettungsdienst usw. hinterlassen, der ist natürlich auch eine Katastrophe, diese werden irgendwann nachts nicht mehr fahren, weil sie am Tage schon überlastet sind
- bei Personal, dass das Krankenhaus verlässt, wird nicht hinterfragt
- zur Beschlussfassung merkt sie an, dass beim Zusatz eine unabhängige Begutachtung erfolgen sollte

Fr. Dr. med. Bräutigam, niedergelassene Kinder- und Jugendärztin:

- wenn man die Kinderstation und die Geburtenstation in Herzberg verliert, dann wird es im EE-Kreis keine Entbindungsklinik mehr geben, es werden hier keine Kinder mehr geboren
- die Herzberger könnten dann nach Torgau fahren, wenn aber die Personalsituation auf der Kinderstation in Lauchhammer so bleiben sollte, dann wird der Chefarzt mit seinen 3 Assistenzärzten das Handtuch werfen, dann habe man auch dort keine Versorgung für die Kinder mehr, ganz davon abgesehen, dass die Kinderstation sowieso auch nach Senftenberg ziehen soll
- es wird für die Kinder keine stationäre Versorgung mehr geben
- das könne nicht sein, wenn man hier auf dem Land wohne, sei man doch kein Mensch zweiter Klasse
- das würde sie gern auch dem Landrat persönlich sagen
- für sie gehören sowohl der Landrat als auch der Geschäftsführer abgesetzt
- sie hat im Krankenhaus Torgau ihre Facharztausbildung gemacht, dort hat sie gelernt, dass man jeden, ob Mitarbeiter oder Patienten, auf dem Flur begrüßt, sie hat dort gelernt, dass die Führung sich mit dem Personal austauscht, das gehört zur sog. Good-

Practices, dass man mal eine Mitarbeiterbefragung macht und die Leute fragt, wie es aussieht

- das Personal geht in die ambulanten Praxen und Sanitätshäuser, dort werden sie zwar auch gebraucht aber davon müsse man es wieder zurückzuholen, das schafft man aber nicht, so lange Herr Neugebauer der Geschäftsführer ist
- sie erwarte von den Kreistagsabgeordneten, diesen Antrag einzubringen.

Frau Städter, niedergelassene Hausärztin:

- die Ärzte in Finsterwalde fahren im Bereitschaftsdienst vorwiegend nach Herzberg und müssen von dort aus den Fahrdienst ableisten und sind dort auch in der Notfallpraxis, diese Zeit fehlt an sich hier in der Arbeit in Finsterwalde
- Bürger von Finsterwalde sind zu einem ganz niedrigen Prozentsatz überhaupt in Herzberg, diese sind vorzugsweise in die Notaufnahme Finsterwalde gegangen und dort gut behandelt worden, das entfällt
- es wird jeden einzelnen Bürger irgendwann treffen, dass ein Familienmitglied in eine Notsituation gerät und dass muss allen bewusst sein
- je länger die Diskussion um das Krankenhaus geht, umso weniger Personal wird noch dort sein
- junge Ärzte sind darauf angewiesen, ihre Fortbildungszeiten abzuleisten, wenn die Chefärzte nicht mehr in der Lage sind, Weiterbildungsermächtigungen zu haben, können diese auch keinen jungen Facharzt ausbilden
- jungen Ärzte, die beschuldigt werden, das sinkende Schiff zu verlassen, sind in ihrer Existenz gefährdet und müssen ihre Ausbildung zwangsläufig an einen anderen Standort verlegen, das hat nichts mit Verlassen des sinkenden Schiffes zu tun, sondern das ist eine Notlage
- so geht es auch dem Pflegepersonal, je länger die Diskussion dauert, je schneller ist das Krankenhaus leergeräumt und dann wird um ein leeres Gebäude diskutiert
- die Mehrzahl der in Finsterwalde tätigen Ärzte sind in diesem Krankenhaus groß geworden, ohne Krankenhaus kann keine Nachwuchsausbildung erfolgen, es ist für diese Region ohnehin schon schwer, junge Ärzte nach Finsterwalde zu holen, wenn sie sich nicht in irgendeiner Weise verbunden fühlen
- die herrschende Personalpolitik gab es schon vor mehr als 20 Jahren, daran hat sich nicht viel geändert, die Leute die damals tätig waren, sind heute noch tätig
- das Personal wird in keiner Form gewürdigt und es gab keine Anerkennung für das Personal, die hier in der Coronazeit die Stange gehalten haben, sie mussten bis zum Umfallen arbeiten aber es gab keine Würdigung
- das Personal hat Angst vor Kündigung und dieser kleiner Funke Hoffnung, dass der Arbeitsplatz erhalten bleibt, der macht die Leute mundtot

Herr Schwarz, niedergelassener Hausarzt:

- hat im Krankenhaus Finsterwalde 1996 angefangen und miterlebt, wie alles von der Führung her sukzessiv abgebaut wurde
- er musste über Jahrzehnte bemerken, dass viele lukrative Sachen aus den Händen des Krankenhauses Finsterwalde in andere Krankenhäuser gegeben wurden
- wenn er im Krankenhaus in Herzberg Dienst gemacht hat, hat er gehört, wie über Finsterwalde gesprochen wurde und auch Unterstützung verboten wurde
- es ist von der Geschäftsführung gewollt, dass Finsterwalder abgeschossen wird, das habe man in den letzten Jahren gemerkt
- die Situation in der Praxis ist unhaltbar
- über 70 % der Ärzte, die in Herzberg den KV-Dienst machen müssen, kommen aus dem Bereich Finsterwalde
- 9.000 Bürger haben für das Krankenhaus unterschrieben, das sind so viele, wie Einwohner in Herzberg sind
- wo bleibt der Verstand, wenn man allein die Logik sieht, Finsterwalde hat 16.000 Einwohner, wieso ist dieses Krankenhaus überhaupt gefährdet, wieso ist es so weit gekommen, dass man so in die Enge getrieben wird, dass man angeblich in einer

- Schieflage ist, das hat er in Finsterwalde noch nie erlebt
- letztes Jahr zum Jahresende war nicht die Rede davon, dass man so viel Mio.€ Miese habe
 - ihn wundern die Zahlen, er habe aber keinen Einblick
 - als die hiesigen Ärzte vor 3-4 Jahren angefangen haben mit Herzberg Dienst zu machen, hat er seine Patienten, die dort gelegen haben, auch auf Station besucht und hat gesehen, da waren Betten frei, da war so viel leer und es wird gesagt, man habe hier keine Bettenauslastung, das habe er in Finsterwalde nie gesehen
 - guckt man genau, wird die Bettenauslastung für alle drei Häuser zusammengenommen und berechnet, er glaubt den Zahlen nicht
 - er weiß nicht, woher das kommt, dass so gegen Finsterwalde geschossen wird
 - es besteht gar kein Interesse daran, Finsterwalde zu halten
 - man müsse wirklich kämpfen

Gemäß **Herrn BM Gampe** gab es viele Versuche, Informationen aus dem Krankenhaus zu bekommen. Auf der Demonstration auf dem Marktplatz haben die Beschäftigte gebeten, aus dem Inneren zu berichten, weil sie Angst vor Kündigung haben. Es ist erschütternd, dass die Prognose, die er nach der ersten sog. Gesundheitskonferenz aus dem Juli gegeben hat, dass die zukünftige stationäre Gesundheitsversorgung nur noch in Elsterwerda und Herzberg gesichert sein soll, dass diese eingetreten ist, das bedauert er äußerst. Aber für diese Art und Weise muss die Reißleine gezogen werden.

Am gestrigen Tag hat er mit der Bürgermeisterin aus Elsterwerda, den Bürgermeistern aus Herzberg und Schönwalde und dem Amtsdirektor aus Schlieben zusammengesessen und beraten. Es steht die Forderung im Raum, dass die Geschäftsführung/ die Personalführung so nicht weiterarbeiten kann und unverzüglich ausgetauscht werden muss, ebenso müsse der Aufsichtsrat neu gestellt werden, mit Fachleuten aus dem medizinischen und kaufmännischen Bereich.

Herr Bürgermeister Gampe stellt sodann die gemeinsame Beschlussvorlage im Einzelnen vor.

Ergänzend verweist er darauf, dass der Standort Senftenberg massiv ausgebaut werden soll, so dass das Krankenhaus Lauchhammer sicherlich in den nächsten 5 bis 10 Jahren nur für die Grundversorgung gesichert wird.

Er hält es weiterhin für absolut richtig, diesen Level-II Standort in der bevölkerungsreichsten Region, in der Sängerstadtreion anzusiedeln, mit knapp 40.000 Menschen im Einzugsgebiet. Nimmt man nicht den Mittelpunkt des Landkreises, sondern legt den konzentrischen Kreis auch über die Kreisgrenze hinweg. Die Menschen in den Randbereichen der Landkreise nutzen auch die anderen Gesundheitsangebote, sowohl im niedergelassenen als auch im stationären Bereich, dann wäre eine Versorgung bis an die Grenzen von Lauchhammer möglich, auf der anderen Seite sei man vom evangelischen Klinikum Luckau mitversorgt und historisch fahren viele Herzberger der Randgemeinden ohnehin in die Torgauer Richtung.

Ein Vorschlag, den man so nicht einfach abbügeln kann und den man intensiv mit den Fachleuten auch aus dem Ministerium diskutieren sollte und der eine Chance für den Elbe-Elster Kreis wäre.

Er bittet nochmals alle Kreistagsabgeordneten, dafür zu werben, dass am 11. Dezember den Schließungsabsichten des Landkreises im Kreistag nicht zugestimmt wird.

Herr Zierenberg wird der Beschlussvorlage zustimmen, man wisse aber, dass man hier nur im Zuschauermodus sei und sich nicht darauf verlassen könne, dass diese Vorlage Berücksichtigung finden wird bei den handelnden Personen. Er regt an, dass die hiesigen Kreistagsabgeordneten eine Beschlussvorlage einbringen, dass der Landrat beauftragt werden soll, die Geschäftsführung abzuberaufen.

Bei der Problemanalyse komme man immer wieder auf die Personalpolitik, was sicherlich nicht nur der Geschäftsführer zu verantworten hat, sicherlich auch andere in den Leitungsebenen, dann müsse man dort ansetzen, sonst löse man das Problem nicht, auch mit einem neuen Haus nicht.

Er richtet an alle den Appell, die Kreistagsabgeordneten eindringlich darauf hinzuweisen, dass es keinen zweiten Versuch geben wird, eine Beschlussvorlage einzubringen.

Für **Frau Eule** dreht man sich im Kreis. Es sollte auch darüber nachgedacht werden, ob vielleicht auch eine Konsensgruppe eingerichtet wird, um solche Möglichkeiten wie am Krankenhaus Spremberg für Finsterwalde für den schlimmsten Fall zu diskutieren, um Möglichkeiten zu finden, das als Stadt zu machen, um eine gewisse Sicherheit für das Personal im Krankenhaus zu schaffen, dass dann evtl. doch die Möglichkeit besteht, hier was Eigenes auf die Beine zu stellen.

Für **Herrn BM Gampe** gibt es Hürden, die er auch gern bereit ist, gemeinsam zu gehen, wenn dann der Landkreis selber nicht in der Lage sein sollte, das Klinikum wieder auf ordentliche Füße zu stellen, möglicherweise eben auch mit einem strategischen Partner.

Auch eine große Anzahl von mittelständischer Unternehmen ist der Auffassung, dass der offizielle Weg mit vernünftigen und sachlichen Formulierungen und Schreiben an den Landkreis nicht mehr reicht, sondern dass es nur noch über die Öffentlichkeit gehen kann.

Man brauche aber den Zugang zu Unterlagen, Büchern, Daten und Fakten, möglicherweise auch über den Kreistag, für eine unabhängige Prüfung, um den Standort möglicherweise für die Zukunft herauszulösen. Hinzukommt, dass das Land gewillt sein müsste, den Krankenhausplan neu zu schreiben und ein zusätzliches Krankenhaus Finsterwalde aufzunehmen.

Herr Hake unterstützt den Zusatz, das weitere Gutachten in die Beschlussvorlage aufzunehmen. Für ihn ist es eine Operation am offenen Herzen des Klinikums. Jeder Mensch würde sich dann eine Zweitmeinung einholen. Man könne sich nicht auf eine Beraterfirma verlassen, die nicht den besten Ruf genießt. Er bittet darum, da er glaubt, dass im Büro des Landrats nicht mehr viel ankommt, den Beschluss und den Protokollauszug an alle Kreistagsabgeordneten zu übermitteln. Dies bestätigt ihm **Herr BM Gampe**

Herr Zimniak formuliert den **Ergänzungsantrag** zur Beschlussvorlage. Dieser Absatz soll als fünfter Absatz in den Beschluss eingefügt werden: Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Finsterwalde fordert den Landkreis Elbe-Elster auf, ein erneutes unabhängiges Gutachten zur wirtschaftlichen Situation des Klinikums Elbe-Elster unverzüglich in Auftrag zu geben.

Dem Ergänzungsantrag wird **einstimmig** mit 21 Ja-Stimmen bei 21 anwesenden Mitgliedern **zugestimmt**. Sodann folgt die Abstimmung zur geänderten Beschlussvorlage.

TOP 6 Vergabe - Neubau Feuerwehrgerätehaus Sorno - Los 14 Lüftung Vorlage: BV-2023-112

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Vergabevorschlag der Firma AHS Ingenieurgesellschaft mbH zu, den Auftrag für Los 14 - Lüftung an die Firma Zierenberg Haus-technik GmbH aus Massen in Höhe von 112.568,07 € brutto zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Anw.: 21 Ja: 21 Nein: 0 Enth.: 0

TOP 7 Grundsatzbeschluss – Doppelturnhalle – Energetische Sanierung und barrierefreie Erschließung
Vorlage: BV-2023-103

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung bestätigt die Vorplanung für die energetische Sanierung und barrierefreie Erschließung der Doppelturnhalle.

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, die notwendige Planungsleistung fortzuführen und das Bauvorhaben zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Anw.: 21 Ja: 21 Nein: 0 Enth.: 0

Protokoll

Frau Homagk regt aufgrund des kostenaufwendigen Fahrstuhleinbaus an, evtl. die Hallen zu tauschen, dass man die Turnhalle für Geräteturn nach oben verlegt, so dass die Turnhalle für Ballsportarten, Gymnastik etc. zu ebener Erde begangen werden könnte.

Gemäß **Herrn Zimmermann** prüft man in der Vorplanungsphase auch nach Einsparpotenzial bei der barrierefreien Erschließung. Man werde vielleicht versuchen, die Halle zu drehen, um möglicherweise nur die untere Halle barrierefrei zu erschließen, was mit dem Fördermittelgeber abzustimmen sei. Sofern diese Möglichkeit besteht, wird das getan und darüber informiert.

TOP 8 Variantenentscheidung Sackgasse an der Schacksdorfer Straße
Vorlage: BV-2023-104

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf der Grundlage der Vorplanungsunterlagen des Büros DEGAT, für den Straßenabschnitt 06 (Sackgasse gegenüber Netto) der Schacksdorfer Straße die Variante 3 zur weiteren Planung und Umsetzung zu bestätigen. Der Straßenabschnitt wird als Mischverkehrsfläche ausgebaut und damit die Straßenbeleuchtung, die Regenentwässerung, die Fahrbahn und die Grünfläche saniert.

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abhängigkeit der Haushaltsmöglichkeiten, das Vorhaben zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Anw.: 21 Ja: 21 Nein: 0 Enth.: 0

TOP 9 Mitgliedschaft der Stadt Finsterwalde im INTHEGA Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen e.V.
Vorlage: BV-2023-113

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Mitgliedschaft der Stadt Finsterwalde im INTHEGA Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen e.V.

Abstimmungsergebnis:

Anw.: 21 Ja: 21 Nein: 0 Enth.: 0

TOP 10 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Finsterwalde zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerverbandes „Kleine Elster-Pulsnitz“
Vorlage: BV-2021-146-2

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes „Kleine Elster-Pulsnitz“.

Abstimmungsergebnis:

Anw.: 19 Ja: 19 Nein: 0 Enth.: 0

TOP 11 Beantwortung von Abgeordnetenfragen

In Vorbereitung auf die Sitzung ist eine **schriftliche Anfrage** von **Herrn Zierenberg** am 12. November eingereicht worden:

Zuwendung an Vereine

Ich möchte hiermit mein Anliegen aus dem Hauptausschuss erneuern und bitte darum, vor der nächsten Stadtverordnetenversammlung die Übersicht über die Zuwendungen an Finsterwalder Vereine der letzten 5 Jahre - getrennt nach den einzelnen Vereinen - vorzulegen. Dabei sollen sowohl Investitionen in (Sport)anlagen der Vereine als auch Kostenermäßigungen oder sonstige Zuschüsse detailliert aufgeführt werden. Dazu bitte ich um Informationen darüber, welche Kosten jährlich für die Pflege und Sicherung der Wege im Gebiet der Bürgerheide anfallen. Bitte führen Sie dabei auch detailliert aus, welche Kosten direkt mit dem Trimm-Dich-Pfad verbunden sind.

Übersichten zu den Gesamtkosten Sportplatz Hertha, Sportplatz Spielvereinigung Kirchhainer Straße, Tennisplatz Brunnenstraße, Sportplatz ESKA, Trimm-Dich-Pfad, Disc-Golf-Anlage, eine Übersicht der Vereine und Nutzung städtischer Sporteinrichtungen sowie eine Übersicht über die Anträge zur Nutzung von Sportstätten der Stadt Finsterwalde zu ermäßigten Nutzungsentgelten bzw. Entgeltbefreiung gem. § 3 Pkt. 8 der Entgeltordnung ist im RIS für die Abgeordneten am 21.11. eingestellt worden.

Herr Zierenberg erklärt, dass es noch Nachfragen geben wird, weil Anlagen fehlen, nicht aufgeführt sind, z.B. die Sportanlage Skaterpark, auch ist bzgl. der Anfrage zur Pflege und Instandhaltung bei der Bürgerheide/den Wegen nichts ausgeführt. Diese Zahlen fehlen, um das ordentlich darstellen zu können.

Gemäß **Frau Zajic** ist die Bürgerheide nicht separat erfasst. Alle Aufwendungen, die innerhalb der Bürgerheide geschehen, sind komplett, zusätzlich der Trimm-Dich-Pfad. Die Skateranlage habe man nicht aufgeführt, weil dies eine städtische Anlage ist, die von keinem Verein separat genutzt wird. Frau Zajic kann die Zahlen gern noch zur Verfügung stellen. Auch für weitere Fragen steht sie gern zur Verfügung.

Für **Herrn Zierenberg** ist das wunderbar, da die Discgolfanlage auch keinem Verein gehört und somit sei das ein verzerrtes Bild.

Herr BM Gampe weist darauf hin, dass nicht nach der Discgolfanlage gefragt worden ist, sondern nach sonstigen Vereinen.

In Vorbereitung auf die Sitzung sind **schriftliche Anfragen** von Herrn Zierenberg für die **Fraktion BVB/ Freie Wähler Finsterwalde** am 19. November eingereicht worden, die Herr Zierenberg vorträgt:

Sängerstadtbudget

Auch in diesem Jahr sind die Ergebnisse knapp zwei Monate nach dem Abstimmungsende noch nicht auf der Webseite der Stadt einsehbar (Stand: 19.11.). Warum ist es der

Stadt nicht möglich, die Bürgerschaft gemäß der Richtlinie "umfassend" und zeitnah zu informieren? Die Information im WUB-Ausschuss wird mit Sicherheit nicht die Mehrheit der Bürger erreicht haben.

Antwort Herr Drescher:

Am 07.11. hatten wir den WUB-Ausschuss, wo ich das erste Mal über die Ergebnisse der Abstimmung im Bürgerbudget berichtet habe und parallel war natürlich die Presseinformation vorbereitet für den Stadtanzeiger und auch für die Internetseite. Dann wurde der Kollege krank, deswegen ist die Information nicht auf die Internetseite gekommen. So etwas passiert, ist aber nun nachgeholt worden. Es ist wichtig, die Abgeordneten zuerst zu informieren, danach gehen die Informationen an die Öffentlichkeit.

Herr Miersch ergänzt, erst ist die Information an die Abgeordneten erfolgt und dann sind die Bürger über den Stadtanzeiger informiert worden, der am 17.11. erschienen ist. Die Information auf der Homepage ist heute nachgeholt worden.

Herr Zierenberg weist abermals darauf hin, dass die Bürger zeitnah über die Ergebnisse zum Sängerstadtbudget zu informieren sind.

Fußgängerüberweg Bayernstraße

Auf Nachfragen aus der Bürgerschaft und auch aus unserer Fraktion hatte die Stadtverwaltung im WUB-Ausschuss zum Wegfall des Fußgängerüberwegs in der Bayernstraße informiert und ausgeführt, dass sie gegen die Entscheidung der Straßenverkehrsbehörde Widerspruch eingelegt hat. Bei einer Nachfrage beim Leiter des Straßenverkehrsamtes wurde uns mitgeteilt, dass die Stadtverwaltung bzw. das Planungsbüro im Zuge der Planungen über den Wegfall des Überwegs informiert wurden. Dieser Hinweis hat offensichtlich nicht zu einer Anpassung der Planung oder einer rechtzeitigen Betrachtung von Alternativen geführt.

Wie bewertet die Stadtverwaltung ihr eigenes Handeln in dieser Angelegenheit?

Gibt es bereits eine Antwort zum eingelegten Widerspruch?

Welche Schritte wurden weiterhin eingeleitet, um den Schulweg an dieser Stelle wieder sicherer zu machen?

Antwort Herr Zimmermann:

Ich lasse aktuell prüfen, welche Abstimmungen nachweislich zwischen dem Planer und der Abteilung Tiefbau erfolgte.

Auf den eingelegten Widerspruch erhielt die Stadt noch keine Antwort seitens der Straßenverkehrsbehörde.

Vor und nach der Einmündung der Brandenburger Straße in die Bayernstraße wurden Hinweiszeichen mit der Aufschrift „Vorsicht Schulkinder“ aufgestellt, die nicht Bestandteil des Verkehrszeichenkataloges sind und somit ohne verkehrsrechtliche Erlaubnis der Verkehrsbehörde des Landkreises Elbe-Elster im Verkehrsraum aufstellbar sind.

TOP 12 Informationen des Bürgermeisters und des Gesellschaftervertreters

Informationen Herr Zimmermann, FB SBV:

Bautenstände Hochbau

Neubau Feuerwehrgerätehaus Sorno

- Zurzeit erfolgen die Zimmerer- und Dachdeckerarbeiten.
- Morgen findet das Richtfest statt.
- Weiterhin erfolgen zurzeit parallel die Vorbereitungen für die Ausschreibungen der Nachfolgewerke.

Grundschule Stadtmitte

- Neben dem Neubau des Ergänzungsbaus wurden in den Klassenräumen des Altbaus

schallakustische Maßnahmen umgesetzt, um der gehörbeeinträchtigten Lehrerin entsprechende Arbeitsbedingungen zu schaffen.

- Die beiden letzten Klassenräume werden bis zum 22.12.2023 fertiggestellt.
- Weiterhin wurden in diesem Zuge die Klassenräume malermäßig instandgesetzt und die entsprechenden Elektroanlagen auf den neuesten Stand gebracht. Auch die brandschutztechnischen Auflagen konnten in dem Zusammenhang mit umgesetzt werden.

Grundschule Nord

- Auch hier wurden in diesem Jahr die brandschutztechnischen Auflagen umgesetzt und die Auflagen des MBS in Verbindung mit der Kapazitätserhöhung abgearbeitet.

Grundschule Nehesdorf

- Parallel zum erfolgten Anbau wurden die Räume im Altbau renoviert.
- Weiterhin erfolgte die Nachrüstung mit Verdunklungsanlagen, Verlegung von Datenleitungen für die Installation der elektrischen Tafeln und die Beschaffung neuer Garderobenspinde mit 120 Fächern für die Fluchtwegbereiche laut Brandschutzgutachten.

Kita Knirpse

- Hier wurde der gesamte Fußbodenbelag im Objekt erneuert.
- Parallel dazu erfolgte die malermäßige Instandsetzung der Räume, es wurden schallakustische Maßnahmen umgesetzt und der Fingerklemmschutz an den Türen wurde nachgerüstet.

White House

- Für die Schaffung von Räumlichkeiten des neuen Jugendclubs im Nebengebäude erhielten wir die notwendige Baugenehmigung.
- Zur Umsetzung der Maßnahme sind nunmehr die notwendigen Leistungsverzeichnisse erarbeitet worden, um die Ausschreibung durchzuführen.
- Der Beginn der Bauarbeiten ist für Februar nächsten Jahres geplant.

Jugendclub und Sportverein Sorno

- Auch hier waren in diesem Jahr die Handwerker im Einsatz.
- Es wurde eine neue Heizungsanlage eingebaut. Die Elektroanlage wurde erneuert und eine neue Eingangstür eingebaut.

Feuerwehrgerätehaus Mitte

- Hier laufen zurzeit die Ausschreibungen für die Sanierung der Dusch- und WC-Räume im Männerbereich. Die Bauarbeiten sollen Anfang Januar 2024 beginnen.

Tierpark

- In Regie der Stadt erfolgte die Erneuerung des Geheges für die Schafe. Es wurde ein neuer Außenzaun mit Besucherschleuse errichtet.
- Die neue Toranlage und die Seuchenwanne für die Anlieferzone konnte auch in Betrieb genommen werden.

Sporthalle Tuchmacherstraße

- Hier erfolgte auch die notwendige Ausschreibung für die Erneuerung sämtlicher Ballfangnetze, die noch in diesem Jahr angebracht werden sollen.

Bautenstände Tiefbau

Sanierung Hagenstraße

- Die Erneuerung der Trinkwasserleitungen durch die Stadtwerke ist fertiggestellt.
- Zurzeit erfolgen der Einbau der Borde und der Schottertragschicht.
- Für den 12. und 13. Dezember ist der Einbau der Asphaltdeckschicht geplant.

Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlagen

- Die Erdarbeiten in der Elsa- und Ernastraße sind abgeschlossen. Die Lieferung und

der Einbau der Beleuchtungsmasten steht noch aus.

- In der Klarastraße laufen noch die Bauarbeiten und die Bauarbeiten im Bereich Heinrichsruher Weg sollen am 4. Dezember beginnen.

Wie sie sicherlich schon aus den öffentlichen Medien erfahren haben, erhielt die Stadt Finsterwalde als Bauherrin für den **Bau der Kulturweberei** den diesjährigen **Brandenburgischen Baukulturpreis**. An der feierlichen Übergabe nahmen Frau Schüler als Vertreterin der Stadt und die Architekten Jürgen und Clemens Habermann teil.

Informationen Frau Zajic, FB FW:

- Mit Datum vom 16.10.2023 (Eingang Bericht 30.10.2023) fand eine unvermutete Kassenprüfung in den Räumlichkeiten des Entwässerungsbetriebes der Stadt Finsterwalde durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Elbe-Elster statt.
- Insgesamt wird dem EWB die Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit der Kassenvorgänge durch das RPA bescheinigt.

Unterjährige Berichtspflicht gem. § 29 KomHKV Brandenburg

- Mit der Planaufstellung 2023 und dem gefassten Nachtrag aus dem September 2023 waren ordentliche Erträge in Höhe von 38.532.050 EUR sowie ordentliche Aufwendungen in Höhe von 41.126.000 EUR veranschlagt. Hiervon sind mit Stand vom 22.11.2023 37.773.678 EUR an Erträgen verbucht worden.
- Wesentliche Abweichungen sind rund 1 Mio. EUR höhere Gewerbesteuererträge. Alle weiteren Erkenntnisse aus sich ergebenden Veränderungen wurden bereits im Nachtrag aus dem September eingearbeitet.
- Von den gebuchten Erträgen sind 33.578.324 EUR zahlungswirksam zum Stichtag bereits eingonnen worden. Hier werden Anfang Dezember noch die Abschläge aus der Zuweisung der Schlüsselzuweisung sowie die Abschläge für das 4. Quartal aus der Zuweisung Einkommensteuer als auch Umsatzsteuer erwartet.
- Von den gebuchten Aufwendungen in Höhe von 29.215.654 EUR sind zum Stichtag 28.630.658 EUR zahlungswirksam zum Stichtag bereits ausgezahlt worden. Hier kann an dieser Stelle davon ausgegangen werden, dass die geplanten Aufwendungen in Höhe von 41 Mio. EUR nicht überschritten werden. Aufwendungen aus Abschreibungen wurden zum Stichtag noch nicht erfasst – dies erfolgt im Rahmen des Jahresabschlusses.
- Investive Einzahlungen aus Fördermittelzusagen werden sukzessive zum 30.12.2023 je nach Baufortschritt abgerufen. Ebenso wird es erfahrungsgemäß bei den investiven Auszahlungen bis zum Jahresende noch Mittelanforderungen geben. Es sind noch Projekte im Straßenbau abzuschließen sowie der Neubau des Gerätehauses in Sorno weiterzuführen.
- Bis zum Stichtag wurde das Darlehen aus dem Haushaltsjahr 2022 nicht in Anspruch genommen.
- Stand der liquiden Mittel (Stichtag 22.11.2023) – 7.616.287,98 EUR
Davon entfallen auf:
ZW 10 – 5.704.078,87 EUR
ZW 13 – 953.772,33 EUR
ZW 15 – 593.224,13 EUR
- Weiterhin musste in 2023 kein Kontokorrentkredit in Anspruch genommen werden.

Kurzfristige Liquiditätsbetrachtung

- Hier erfolgen zum 05.12.2023 die Einzahlungen aus Schlüsselzuweisung und investiver Schlüsselzuweisung sowie die Zuweisung für das vierte Quartal Gemeindeanteil Einkommensteuer als auch Umsatzsteuer. Zum 15.12.2023 ist die Kreisumlage fällig und an den Landkreis auszuführen. Weiterhin werden bis zum 30.12.2023 noch Teilrechnungen bzw. Schlussrechnungen zu den einzelnen investiven Bauvorhaben nach Bautenstand erwartet.
- Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass der im November doch recht gute Stand an liquiden Mitteln bis zum Jahresende fast vollständig auf

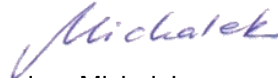
Informationen Herr Drescher, FB WSK:

Ich möchte an den **Weihnachtsmarkt** erinnern. Am 3. Advent findet dieser traditionell auf dem Marktplatz statt. Meine Kollegen haben sich ein gutes Programm ausgedacht mit regionalen Partnern.

Finsterwalde, 30.11.2023



Andreas Holfeld
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung



Andrea Michalek
Protokollantin